

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

5 Jahrgang.

Sonntag, 29. November 1925.

Nr. 278.

Vor zwanzig Jahren.

Von Wilhelm Kiefner

Gestern jährte sich zum zwanzigstenmale ein Tag von denkwürdiger Bedeutung. Am 28. November 1905 marschierte in gewaltigem Zuge vor dem Wiener Parlamentsgebäude mehr als eine Viertelmillion Arbeiter auf und am gleichen Tage durchzogen mächtige Demonstrationzüge auch die Straßen aller übrigen Städte Oesterreichs. Es war die größte Arbeiterkundgebung, die es bis dahin gegeben hatte, und wenn Gausch, der damalige Ministerpräsident, es auch nicht der zu ihm entsetzten und aus Delegierten aller Kronländer gebildeten Abordnung feierlich erklärt hätte, so war es doch jedem Menschen klar geworden, daß die Bewegung für die Eroberung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes zum alles überwältigenden Strom geworden war, dem kein Hindernis mehr widerstehen konnte. Die revolutionäre Kampfschloffenheit des österreichischen Proletariats hatte alle Schlämühen aufgerüttelt und es den Nutznießern des schändlichen Privilegienparlamentes ins Bewußtsein gehämmert, daß ein weiteres Festhalten an ihren politischen Vorrechten unmöglich sei. Der 28. November 1905 hat das Schicksal des alten Privilegienparlamentes endgültig festgelegt. Wenn es auch noch ein volles Jahr dauerte, ehe die Wahlreform beschlossen wurde, die den Arbeitern das gleiche politische Recht sicherte, und wenn auch die bürgerlichen Feinde der politischen Gleichberechtigung nicht müde wurden, ihrer Erfüllung zäh und verbissen neue Hindernisse zu bereiten, die Bewegung war unaufhaltsam geworden und sie trug den Sieg davon.

Die Anfänge des Kampfes für das allgemeine Wahlrecht lagen damals zwölf und mehr Jahre zurück. Ein starker Antrieb wurde ihm zuerst durch die Marseiler gegeben, welche zur Aufrüttelung des Proletariats unerbittlich beitrug und die das proletarische Selbstbewußtsein der Massen wachrief. Unschonbar klein waren noch unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, denn viele Jahre hatte die Brutalität des österreichischen Polizeigeistes den Aufstieg der Arbeiterbewegung gehemmt und die politische Schulung größerer Massen erschwert, aber instinktiv begannen diese Massen ihre Lage zu befreien und rüttelten an ihren Ketten. Unter der Führung Viktor Adlers hatte sich in einem Lager stehende österreichische Sozialdemokratie ein Kampfziel gestellt, vor dem alles andere zurückgestellt wurde. Sie wußte, daß die politische Aufklärung der Arbeiterklasse nur dann Aussicht auf Erfolg haben könne und an die Durchsetzung der weiteren sozialistischen und demokratischen Forderungen gedacht werden könne, wenn die Rechte der Bestklassen aerbrochen und der Sozialdemokratie, als der Vertreterin der Arbeiterklasse, die Tribüne des Parlamentes erobert sein würde. Niemand verhehlte sich unsere Partei, daß die Gewinnung des allgemeinen Stimmrechtes nicht alles bedeute, nur eine Etappe auf dem Wege des proletarischen Befreiungskampfes sein werde. Dennoch mußte sie jahrelang alle Kräfte auf dieses eine Ziel konzentrieren. Dies o-wußte, reflexlos an die Bewältigung dieser einen und ersten Aufgabe gerichtete Ringen nahm in den großartigen Wahlrechtsdemonstrationen des Jahres 1898 seinen Beginn. Die Arbeiterklasse stieg auf die Straße, die zum Schauplatz des politischen Kampfes wurde. In Wien, in Brünn und in anderen Städten floß Arbeiterblut — die Reaktion ließ, um der Bewegung Herr zu werden, den hunderttausendköpfigen Arbeiter in Aktion treten. Es war vergeblich. Die Fluten waren aus ihrem Bett getreten, alle Verfolgungen, Drangsalierungen der Kämpfer, alle Verbote blieben fruchtlos. Es war eine Zeit früh puffernden Lebens der Arbeiterbewegung, und wuchsen auch die Herrschenden hartnäckig die Augen verließen: das Gespenst des allgemeinen Wahlrechtes war da und ließ sich nicht bannen. Das im Bunde mit dem Feudalismus herrschende Bürgertum dachte aber noch lange nicht an ein bedingungsloses Kapitulation der Forderung: es suchte vielmehr,

als die ungehemmte Aufrechterhaltung der bürgerlichen und adeligen Privilegien nicht mehr möglich war, durch eine kleine Abschlagszahlung den Kampf der Arbeiterklasse zu lähmen, die im Jahre 1896 durch die von dem Ministerpräsidenten Badeni zurechtgeschneiderte fünfte Kurie erfolgte. Das Wahlrecht, das dieser polnische Schlägzi den Arbeitern nach langem Widerstreben zu gewähren sich entschloß, war ein allgemeines, doch kein gleiches und in den meisten Wahlkreisen war es nicht einmal ein geheimes und direktes. Am schädlichsten war dieses Wahlrecht in seiner Auswirkung auf den Kampfsgeist des österreichischen Proletariats, der dadurch keine geringe Lähmung erfuhr. Notwendigerweise führte auch die jahrelange Einstellung unseres Kampfes auf ein einziges Ziel in vielen Köpfen zu einer Ueberschätzung der Wirkungen des allgemeinen Wahlrechtes, die in eine Enttäuschung umschlagen mußte, als sich diese erhofften Wirkungen nach dem Einzug des kleinen Häufleins unserer Vertreter ins Parlament nicht einstellen wollten. Mit der Erweiterung des politischen Rechtes ging zudem das Erwachen der Nationen in Oesterreich Hand in Hand, die immer ungestümer nach der Sicherung ihres nationalen Eigenlebens und nach der Erfüllung ihrer sprachlichen Rechtsansprüche verlangten. Der unausgetragene nationale Streit brach immer stärker hervor, hinderte die Erfolgsmöglichkeiten unserer parlamentarischen Vertretung und führte bei den Nachwahlen im Jahre 1901 zu einer schmerzlichen Niederlage der Partei.

In dieser Zeit wechselvoller Kämpfe verlor die österreichische Arbeiterklasse niemals die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Eroberung ihres ersten und wichtigsten Kampfzieles. Es wäre nicht leicht gewesen, die großen Teile der müde und in Lethargie verfunkenen Arbeiterklasse aufzustacheln, wenn nicht ein bedeutsames Ereignis zuzuhilfen gekommen wäre. In dem vom Parisismus erjickten Zustand waren zum erstenmal große Arbeitermassen auf die Straße gezogen und hatten für konstitutionelle Rechte demonstriert. Das gequälte russische Proletariat erhob sich und schickte sich an, seine Ketten abzubrechen! Wie ein Frühlingssahnen ging es durch die Reihen der Proletarier in den westlichen Ländern. Die russischen Arbeitermassen kämpften für das Recht der Anteilnahme an der Staatsverwaltung, sie wollten ihr Schicksal selbst bestimmen — wer konnte und durfte da zurückbleiben. Dieser erste Aufbruch des mißhandelten und geknechteten russischen Volkes wirkte wie ein Signal. Wenn auch diese revolutionäre Erhebung bald wieder im Blute erstickt wurde, ihre aufwühlende Wirkung ging nicht verloren. Es war am 30. Oktober 1905, eben tagte in Wien der Parteitag der gesamtösterreichischen Sozialdemokratie, als die Nachricht vom Ausbruch der Petersburger Ereignisse einlangte. Eine ungeheure Erregung erfaßte die Delegierten. Nun war die Zeit des Handelns gekommen. Der Parteitag wurde vorzeitig abgebrochen, damit die Vertrauensmänner unverzüglich zu den Arbeitern zurückkehren können, um den entscheidenden Kampf für das gleiche politische Recht zu organisieren. Nun gab es kein Halten mehr, die Entwicklung rollte vorwärts.

Eine mächtige Gärung erfaßte die Massen des Proletariats, überall gab es Kundgebungen in riesigem Umfange und in Prag kam es sogar zu einer Straßenschlacht, bei der es einige Tote und viele Verwundete gab. Am 11. November 1905 sah sich Gausch gezwungen, dem revolutionären Drängen der Arbeitermassen nachzugeben und er kündigte an diesem Tage im Parlament die Einbringung eines Entwurfes zur Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes an. Dieses Versprechen legte er am 28. November auch in die Hände der bei ihm erschienenen Abordnung des vor dem Parlamente demonstrierenden Wiener Proletariats. Die bürgerlichen Parteiergaben sich noch immer nicht für bestigt und es waren insbesondere die Deutschbürgerlichen, voran die Deutschradikalen, die mit aller Eilen der Einführung des allgemeinen Stimmrechtes wehren wollten. Dennoch konnten sie, nachdem Gausch über die Wahlreform gestürzt

war, und, auch sein Nachfolger Prinz Hohenlohe, der „rote Prinz“ genannt, an dem Widerstande der Deutschbürgerlichen und der Polen gescheitert war, die Einbringung eines Wahlreformauschlusses nicht hindern. Hier war es Dr. Viktor Adler, der Bewundernswertes leistete und der trotz allen aktiven und passiven Widerstandes der bürgerlichen und feudalen Vertreter mit Klugheit und Geschicklichkeit die Sache vorwärts trieb. Noch im letzten Augenblicke ließen die Feinde der Wahlreform alle Minen springen, um sie zu vereiteln. Doch auch dieser letzte Versuch wurde durchkreuzt und im Mai 1907 konnte die österreichische Arbeiterklasse das erstmal auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes ihre Vertreter wählen. Ein wichtiger Erfolg des kämpfenden Proletariats war errungen.

Rückblickend auf diese erste große Kraftäußerung der österreichischen Arbeiterklasse erleben sich für uns wichtige Lehren. Es gibt leider Sozialisten, zu ihnen gehören besonders die tschechischen Sozialdemokraten, die alles Wohl und Heil der Arbeiterklasse von der Teilnahme an der Regierung abhängig glauben. Und es gibt kommunistische Arbeiter, die — obwohl ihre Partei längst schon auf Moskauer Weisung hin den Traum auf die baldige Herbeiführung einer Weltrevolution aufgegeben hat — dennoch an dem von dieser Partei betriebenen Doppelspiel teilnehmen, das einer-

seits die Massen noch immer mit der Hoffnung auf das Eintreten des großen Kladderadatsch nährt, während sie andererseits praktisch ihr Wirken auf unmittelbare erreichbare Ziele eingestellt haben, bei welcher Gefolgschaft diese Arbeiter übersehen, daß sie durch sie den Spaltungsaufschichten der Kommunisten und damit der Schädigung des Gesamtproletariats Vorschub leisten. Die Arbeiterbewegung war groß und mächtig, solange sie einig war und solange sie ihre Kräfte auf die Eringung gemeinsamer Kampfziele vereinen konnte. Heute leistet die tschechische Sozialdemokratie in der Koalition mit dem tschechischen Bürgertum fruchtlose Siphphusarbeit, während die kommunistischen Arbeiter, indem sie den dunklen Jueden der Sowjetmacht haben dienen, die Uneinigkeit und Zersplitterung in der Arbeiterbewegung wehren helfen. Wie einflußreich und mächtig wäre die Arbeiterklasse, wenn nicht große Teile von ihr durch nationalistische Verblendung und durch den kommunistischen Irrwahn abgepfiffert wären! Die zwanzigste Wiederkehr des Tages, an dem die alten Herrschaftsmächte vor dem Willen der Arbeiterklasse kapitulierten und — wenn auch zähnefrennend und haßerfüllt — der Arbeiterklasse das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zugestehen mußten, er muß ein Ansporn sein, mit allen Kräften an der Wiedervereinigung des Proletariats zu arbeiten!

Hindenburg unterzeichnet.

Die letzte Hoffnung der Deutschnationalen dahin. — Persönliche Zählungnahme in London.

Berlin, 28. November. Amtlich wird mitgeteilt, daß Reichspräsident von Hindenburg abends das vom Reichkanzler und vom Reichsaußenminister gegengezeichnete Gesetz über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands zum Völkerbund ausgefertigt hat. Vorher hatte der Reichsrat mit 49 gegen 15 Stimmen das Gesetz ebenfalls angenommen. Dagegen stimmten Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Bayern und Mecklenburg-Schwerin. Das Gesetz wird mit dem heutigen Datum am kommenden Montag im Reichsgesetzblatt verkündet, so daß es verfassungsgemäß am 29. November in Kraft tritt.

Zur Unterzeichnung des Vertrages von Locarno und zur Besprechung der weiteren Schritte und Maßnahmen sowie zur Weiterführung der in Locarno aufgenommenen persönlichen Zählungnahme mit den Vertretern der anderen vertragsschließenden Länder begeben sich Reichkanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann am Sonntag nach London.

Beide Herren werden von ihren Staatssekretären von Kempner und Schuberl begleitet sein.

Die Stärke der Besatzungstruppen.

Berlin, 28. November. Von zuständigen Stellen wird entgegen den Blättermeldungen, daß im besetzten Gebiete eine Vermehrung, namentlich der französischen Garnison erfolgen soll, festgestellt, daß auch dem Auswärtigen Amt zahlreiche derartige Telegramme zugegangen, die von einer drohenden Vermehrung der Quartierlasten sprechen. Die betreffenden Nachrichten sind aber unbegründet. Die Zusagen der Regierungen der Besatzungstruppen gehen dahin, daß die verbleibenden Truppen in ihrer Gesamtheit annähernd auf die Stärke der deutschen Friedensgarnison herabgesetzt werden sollen. An der Ausführung dieser Verpflichtungen zu zweifeln, besteht gegenwärtig kein Grund. Wahrscheinlich wird sich die Zahl der Garnisonen vermindern, während diese oder jene Gemeinde etwas stärker besetzt werden wird.

Die Regierung Briand.

Eine Rechtschwenkung unverkennbar.

Paris, 28. November. (Eigenbericht.) Die heute veröffentlichte definitive Ministerliste weicht von der gestern inoffiziell bekannt gegebenen etwas ab. Demnach übernimmt das Innenministerium Chaumepe (Radikaler), das Justizministerium Rene Renoult (Demokrat. Linke), während der gestern als Innenminister genannte Daladier das Unterrichtsressort übernimmt. Das Ministerium für Pensionen verwalte Jourdain.

Am 17 Uhr stellte Briand dem Präsidenten der Republik das neue Kabinett vor. Die Regierungserklärung wird morgen abends in einem Ministerrat verfaßt werden.

Neben den 13 Ministern wurden noch acht Unterstaatssekretäre ernannt. Parteienmäßig setzt sich das neue Kabinett, die Unterstaatssekretäre eingerechnet, folgendermaßen zusammen: fünf Radikale, fünf Radikale Linke und vier Demokratische Linke des Senats sowie vier Radikale Sozialisten, welche insgesamt drei Hauptfraktionen des bisherigen Linkslagers repräsentieren. Die Minister Deques und Jourdain gehören dem linken Flügel der bisherigen Opposition an, wäh-

rend der Kolonialminister Perrier, der Caillaux nahe steht, offiziell keiner Partei angehört. Briand selbst wird offiziell als Mitglied der radikal-sozialistischen Fraktion geführt, ist aber in Wahrheit keiner Partei verpflichtet. Die Zusammenlegung seines Kabinetts bedeutet eine Schwenkung nach rechts.

Neben dem Ministerpräsidenten ist die Hauptperson des neuen Kabinetts der Finanzminister Loucheur, der sich von einem kleinen Bahningenieur zu einem der reichsten Industriellen Frankreichs emporschwang. Seine Ministerkarriere begann er während des Krieges; besonders nach dem Krieg hat er in wirtschaftspolitischen Dingen eine große Rolle gespielt. Loucheur beabsichtigt, sich mit einem Beratungskollegium von auch außerhalb des Parlamentes stehenden wirtschaftlichen und finanziellen Experten zu umgeben. Seine Vorschläge wird er schon nächste Woche vorlegen. In einer seiner letzten Reden in der Deputiertenkammer empfahl Loucheur eine Währungsreform und Anstrengungen wegen Stabilisierung des Frankes als erste Bedingung für die finanzielle Gesundung.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich	Kr. 16.—
vierteljährlich	48.—
halbjährlich	96.—
anzwährlich	192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Neue kommunistische Parteitaktik.

Von E. Vorbach.

Im Reichsberger „Vorwärts“ vom Sonntag, den 22. November hat A. Neurath einen Artikel „Zur Parteitaktik“ veröffentlicht, der in mancher Hinsicht des Interesses nicht entbehrt. Je sorgfamer man sich dem Studium des erwähnten Artikels hingibt, desto mehr wird offenbar, daß Alois Neurath von großen Problemen steht, die er nicht zu lösen imstande ist. Daß man außerdem auch einen recht aufgeklärten Stil, in welchem der Aufsatz gehalten ist, in Kauf nehmen muß, ist für jene, weiter nicht auffallend die das großsprecherische Gebaren Neuraths und die Art seines Benehmens kennen. Aber bemerkenswert ist es doch, wenn man aus der „Parteitaktik“ entnehmen muß, daß sich die K. P. O. auf parlamentarische Sitten einrichtet und überhaupt den Parlamentarismus pöflich als ein geeignetes Mittel zur Vertretung von Arbeiterinteressen betrachtet. Vor Tische las man's anders. „Das Parlament dient uns nur zur Entlastung der verlogenen Demokratie. Wir benötigen es nur, um zum Fenster hinaus zu rufen und nicht, um zu den Parlamentariern, sondern nur, um zu den Massen zu sprechen.“ Wir haben nie daran gezweifelt, daß diese Demokratie eine Perlogerie ist und unsere Presse und Agitation war auf diese Erkenntnis eingestellt. Und trotzdem wurden in den Wählerversammlungen unsere Parlamentarier verhöhnt, „in parlamentarischen Schweiß“ die Arbeiter „vertreten“ zu haben. „Dem Parlament hat die Arbeiterklasse nichts zu erwidern“, nur von einer Arbeiter- und Bauernregierung ist etwas zu erhoffen. Und jetzt auf einmal klingen die Instrumente anders! Jetzt werden die Kommunisten eigene Anträge stellen und „es wird sich zeigen ob die anderen Arbeiterparteien die kommunistische Forderung unterstützen werden?“ Geht es etwa um Anträge auf Beschlußfassung über die Weltrevolution oder die Revolution in der Tschechoslowakei; oder geht es um den Sturz der Koalitionsregierung? Nein, es geht „um die Fragen der Steuerreform, des Wählerschutzes, des Beamtenabbaues, der Sozialpolitik und — man staune! — sozialpolitische Angelegenheiten.“ Also deshalb dieser erbitterte Wahlkampf gegen uns, damit die Kommunisten sozialpolitische Angelegenheiten mit den anderen Arbeiterparteien verfechten können. Hat die Arbeiterklasse dazu erst auf die Kommunisten warten müssen? Ist das der letzte Rest der weltrevolutionären Geste? Das nennen wir sehr viel Wasser in den Wein gießen.

Aber diese neue Einstellung wird erklärt: Die knappe Million Wähler will die Kommunisten an der Arbeit sehen. Sie will wissen, wie es besser zu machen ist, wenn statt der „Sozialverräter“ die hundertprozentigen Revolutionäre an der Arbeit sind. Und allgemach erscheint es uns, als ob die größere Mandatszahl ihnen, den Kommunisten, rechte Verlegenheiten bringen wird. Die K. P. O. wird ihres Sieges nicht froh werden können weil es ein Sieg des Extremes ist, ein Sieg aller Jener, die sich noch einmal an dem Phrasenschwall der bolschewistischen Agenten berauschten. Das Erwachen dieser Masse wird gerade für die K. P. O. verhängnisvoll werden.

Es ist köstlich, von Alois Neurath zu vernehmen, daß der Wahlerfolg der Kommunisten „der Haltung dieser Partei in der nationalen Frage zu verdanken ist.“ Und stolz, wie der Bauer, verkündet er, daß „keine einzige politische Partei der nationa-

Wider Recht und Menschlichkeit.

Ein Eisenbahner, dem im Dienste ein Fuß überfahren wurde, wird am zehnten Tag der Spitalbehandlung nach der Amputation des Fußes aus dem Krankenhaus entern, weil inzwischen der Abbaubefehl in Vollzug gesetzt wurde!

Wir erhielten heute Mitteilung von einem Vorfall, der alles in der Tschechoslowakei an Unsozialem und Unhumanem bisher Dagewesene übertrifft und so grausam und unmenschlich erscheint, daß wir trotz aller bisherigen Erfahrungen nicht daran glauben würden, wenn wir die Tatsachen nicht schwarz auf weiß vor uns verbucht sähen. Der Fall, dessen Wesentlichstes wir schon kurz im Titel anführen, ist folgender:

Am 16. Oktober dieses Jahres wurde dem Wagenmeister Adolf Kriskle in Ausführung seines Dienstes der rechte Fuß überfahren, so daß er sofort ins Krankenhaus überführt werden mußte. Dort mußte man ihm den Fuß amputieren. Am 26. Oktober nun, also zehn Tage nach dem Unfall, wurde die Krankenhausbewahrung verlängert, daß Kriskle mit 1. November d. J. auf Grund des Restriktionsgesetzes in den Ruhestand versetzt wurde und somit nach diesem Termin keinen Anspruch mehr auf ärztliche oder Krankenhausbewahrung auf Rechnung der Krankenkasse habe. Daraufhin wurde Kriskle durch die Spitalverwaltung nach Hause überführt, wo er infolge der Wundheilung und des Transportes von hohem Fieber befallen wurde. Kriskle mußte die Kosten für die ärztliche Behandlung aus eigenem Beutel decken.

Es mangelt an Ausdrücken dieses Vorgehen zu qualifizieren. Die Handlungsweise der Spitalverwaltung in diesem Falle ist so unerhört, daß jedes Wort zu ihrer Kennzeichnung zu schwach wäre. Aber bevor dennoch ein Wort zur Charakterisierung der menschlichen und sozialen Seite dieses Vorgehens gesprochen werden soll, ist es notwendig, festzustellen, daß an Kriskle ein flagrantes Unrecht verübt wurde indem ihm sowohl nach den Bestimmungen des Unfallgesetzes so lange als dies notwendig ist, Krankenhausbewahrung zustünde als auch nach den Bestimmungen des Krankentatbestandes ihm eine ständige Spitalbehandlung gebühre. Größer empörender aber noch als diese Verletzung gesetzlicher Bestimmungen ist dieses Vorgehen von der rein menschlichen Seite aus, von der man es geradezu als ein Unat behelmen muß. Man stelle sich vor, daß dieser Angestellte in Ausübung seines Dienstes die Gesundheit seines Körpers, den normalen Ge-

brauch seiner Glieder auf dem Arbeitsplatze gelassen hat; als Opfer seiner Arbeit wurde er nach schwerem Unfall ins Spital gebracht, dort wurde ihm unter unfählichen Schmerzen ein Fuß abgenommen und man rüff ihn zehn Tage nach seiner Entlassung ins Spital kurz nach der Amputation die Mitteilung, daß der angeordnete Abbau gegen ihn in Vollzug gesetzt wird und daß man ihn den Abgebauten keine Stunde länger im Krankenhaus belassen will. Der Saal, in dessen Diensten er zum Krüppel wurde, läßt ihn, noch ehe der Heilungsprozeß richtig einsetzt hat, mißlieblos und brutal auf die Straße werfen. Das ist ein Akt, den man in einem so genannten Kulturstaat einfach nicht für möglich gehalten hätte und von dem es fraglich ist, ob ihm aus der Zeit des zaristischen Rußland ein ähnlicher an die Seite gestellt werden könnte.

Und um die abgrundtiefe Niedertracht dieser Handlungsweise ganz voll zu erfassen wollen wir noch mitteilen, daß der Wagenmeister Adolf Kriskle im 55. Lebensjahre ist und seit dem Jahre 1900, also seit mehr als 27 Jahren, ununterbrochen im Eisenbahndienste beschäftigt war. 35 Jahre hat dieser Mann Tag für Tag und für elenden Lohn seinen gefährlichen Beruf ausgeübt; im 36. Dienstjahre wird er ein Opfer seines Berufes und fast im selben Augenblick auf schwerem Krankenlager kommt er, der Abgebaute, zu liegen, daß er dem Saal nicht einmal einer hundertjährigen Behandlung wert ist!

Es ist selbstverständlich, daß das was wir hier sagen nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit ist. Zunächst hat sofort, nachdem diese Tatsachen bekannt wurden, unser Abgeordneter Genosse Grünzner im Auftrag des Verbandes der Eisenbahner dem Eisenbahnministerium in einer Interpellation diesen Vorfall mitgeteilt und gefordert, daß Kriskle sofort wiederum nach den Bestimmungen des Unfallgesetzes oder des Krankentatbestandes in ärztliche Behandlung genommen wird und daß schließlich jene Organe zur Verantwortung gezogen werden welche die Unterbrechung der Spitalbehandlung verschuldeten. Wenn aber auch jetzt das Unrecht uitgemaakt werden sollte, so bliebe dennoch dieser Fall als ein geradezu revolutionärer Beweis für die Hoffnungslosigkeit bestehen, in der sich alle arbeitenden Menschen in dieser „Rechtsordnung“ befinden und für welche der kapitalistische Staat ja nur Ausdruck und Machtinstrument ist.

len Minderheiten — die Plinlarartei und die deutschen Sozialdemokraten eingeschlossen — sich zum Kampfe um das Selbstbestimmungsrecht bekennen.“ „Nur die kommunistische Partei hat ihren Kampf im Interesse des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen fort.“ Da soll man Neurath noch ernst nehmen? Auch nur ein einziges Wort über die Haltlosigkeit solchen Vorwurfs, soweit er die deutsche Sozialdemokratie treffen soll, sollen wir so eilen? Nein, hier kann nur das Urteil der Arbeiter selbst entscheiden. Neurath kann unmöglich die Beschlüsse unserer Parteitage, die Anträge unserer Genossen im Parlament und die Haltung unserer Presse zur Frage des Selbstbestimmungsrechtes kennen. Oder aber er belügt be-

wußt seine Anhänger — und setzt sich lähn über alle Tatsachen hinweg. Uns aber raubt er mit solchen verlogenen Kunststücken keine Seele sondern er charakterisiert nur sich selbst als einen, der es mit der Wahrheit nicht immer genau nimmt. Wir können es der K. P. O. nachfühlen, daß ihr nicht wohl wird. Denn nun genügt keine Besten mehr, denn jetzt heißt es etwas leisten. Und diese Mahnung trifft sie hart denn das „Leiten“ hat sie bisher immer hülflich den „Vertretern“ überlassen. Jetzt aber wird sich herausstellen, daß sie selbst etwas tun muß. Und der Aufruf der in der gleichen Vorwärtsnummer stand und der sich „an das arbeitende Volk in Stadt und Land“ richtet zeigt uns deut-

lich, was die „Revolutionäre K. P. O.“ nun wird: sie wird und muß sozialdemokratische Politik machen! Denn die Forderungen, die dort aufgestellt sind, sind alle sozialdemokratische Forderungen die schon immer verfochten wurden und heute noch verfochten werden, wobei uns aber die Kommunisten nicht selten im Stich gelassen haben. Dama! war's Verrat, heute sind es ihre eigenen Forderungen!

Und das ist das beste Ergebnis des Wahlkampfes: es wird sich zeigen, daß die Kommunisten innerhalb des kapitalistischen Staates eine eigene Politik nicht machen können, sondern sich derselben Kampfmethoden bedienen müssen wie die Sozialdemokraten. Denn zwischen dem Wunsche und dem Ziele liegt ein 1-erzer Raum und der wird durch die Tagelämpfe ausgefüllt werden. Arbeiten und kämpfen, auch um den geringsten Erfolg, das ist Gebot der Pflicht, darüber hilft uns keine Phrase und keine Scheinrevolutionäre Gesetze hinweg. Der Parlamentarismus ist gewiß nur ein Hilfsmittel zur praktischen Arbeit; wir haben es nie anders gehalten und ihn nie anders eingeschätzt. Das Spielen mit der Politik muß aber auch in diesem Staate der praktischen Arbeit weichen und auf parlamentarischem Boden werden die Vorpostengefächte ausgetragen, die der endlichen Befreiung des Proletariats vorangehen müssen.

Eine Ministerliste.

Prag, 28. November.

Freitag abends tauchten im Abgeordnetenhause Gerüchte auf, wonach die neue Regierung aus fünfzehn Ministern bestehen werde, von denen vier Fraktionelle sein sollen. Die hiebei skizzierte Ministerliste, die bereits von den „Narodni Listy“ und der „Narodni Politika“ wiedergegeben wurden, sieht folgendermaßen aus:

- Ministerpräsident: Svehla,
- Inneres: Cerny,
- Nat. Verteidigung: Stibrny,
- Kriegs: Dr. Benes,
- Handel: Dvofakel,
- Landwirtschaft: Hodza,
- Unterricht: Erdinka,
- Eisenbahn: Bohny,
- Finanzen: Dr. Englik,
- Zustiz: Hajnor,
- Post: Kofel,
- Öffentliche Arbeiten: Mlsoch,
- Soziale Fürsorge: Dr. Winter,
- Gesundheit: Kramel,
- Slowakei: Kallay.

Von den bisherigen Ministern würden also in der Regierung verbleiben: Svehla, Stibrny, Benes, Hodza, Kramel, Winter und Kallay.

Diese Liste ist aber durchaus nicht als definitiv anzusehen und selbst die „Narodni Listy“, die die Kombination veröffentlichten, bemerken, daß einzelne Klubs ihre Zustimmung zu dieser Zusammenstellung noch nicht ausgesprochen haben. Tatsächlich sollen die Verhandlungen erst Montag definitiv beendet und die Regierung in den Abendstunden des Montag ernannt werden.

Schwierigkeiten kommen noch von den tschechischen Nationalsozialisten, die sich für eine rein parlamentarische Regierung ausgesprochen haben. Die Nationalsozialisten sagen nämlich, daß die Stärke der Sozialisten in der Regierung durch die gemischte Form (für die übrigens auch der Präsident der Republik eintritt) geschwächt werde. Schon der Schlüssel für die Verteilung der parlamentarischen Ministerien sei für die Sozialisten nicht günstig; eine rein parlamentarische Regierung wäre aus-

Der große Mann.

40 Roman von Schiller Wilmorel.

„Ist es nicht möglich, euch alle zu erwecken — ich sage nicht aus einer Lethargie, aber — wenn schon nicht zu anderem — zu dem Bewußtsein dessen, was die Naturwissenschaft, eurer Religion, schuldig seid.“

„Märchen vor den Bürgern von Brüssel“, höhnte Enge, dem Hanna Romeida selbst einmal in spöttischer Laune dieses Bild gezeichnet hatte.

„Oh, hätte ich eigennütige, kleingeistige Kräfte vor mir, ich glaube, ich hätte sie schon dazu bringen können, auf meine Gedankenrichtung einzugehen. Sie könnt' ich mitteilen! Aber hier sind lauer Idealisten! Der Chef ist ein Idealist und Weishold ist bekanntlich einer, auch Sie sind's und auch Weishoff, alle, alle! Der Idealismus steckt über Ihnen, wie eine Uniform, die an den Ideen haften bleibt und die man nicht loswerden kann, selbst wenn man sie ausgezogen hat!“

Sie schwiegen wieder. Enge und Weishold mit Laboratoriumsarbeiten beschäftigt, indes Hanna Romeida in einem dicken Bande blätterte.

„Sie müssen ein Programm haben“, hob Hanna wieder an, „dann könnten Sie kämpfen. Aber kämpfen, das wäre freilich etwas anderes, als eine Zusammenkunft des Chefs erwarten.“ Sie geben immer allgemeine Ratsschläge liebe Kollegen. Aber wenn man näher fragt: weichen Sie ja auch zurück. Sie trauen sich ja doch auch nicht!“ sagte Enge und um seine Mundwinkel legte sich wieder die Falte. Hanna sprach auf.

„Ich weiß nichts Genaueres? R...te, Befreiung — ist das nichts Bestimmtes.“

„Das sind Worte.“ Weishold mischte sich in das Gespräch, „Lieben Sie auch mich endlich in meinen Angelegenheiten mitreden zu lassen.“

Die Beiden sahen ihn an, er sagte aber nichts. Sagte nichts und wandte sich dann in der Qual seines Herzens ab.

„Da ist nichts zu machen“ sagte Hanna halb laut zu Enge. „Es ist ein Bann.“

Enge drehte die Linse seines Mikroskops zurecht.

24.

Taschner war's natürlich, der als erster Burdhardt die Entscheidung des Ministerrates überbrachte. Burdhardt sah ihn einen Augenblick lang mit starren Augen an — das war ihm noch nie passiert, daß sich seinem starken Willen die Erfüllung eines derartigen Wunsches entzog. Aber dann machte der Ausdruck des Schreckens vor der Ueberfischung einen Väheln Platz in dem man Müdigkeit, Abschied und Ironie erkennen mochte. Auch Ironie ob des Schwarns der Kleinen, die sich zum Kongreß wie zu einer Beute drängen. Was lag an dem Kongreß? Und gewohnt, auch Unbegreifliches durch bereitwillige Kommentatoren seines Tuns erklären zu lassen, zögerte er nicht, seine nunmehrigen Absichten auszusprechen, die so traf sich von den früheren unterschieden.

„Dann findet der Kongreß eben statt! Wenn ich allein entscheiden soll, so ist's mir wahrlich leicht gemacht! Ich werde mein Leben, das ganz der Aufdeckung von Wahrheit gewidmet war, mich damit beslecken, daß ich auch nur einen Fortschrittsgebank' fortsetze. Es soll ja so manche geben, die etwas vorzubringen haben. Da ist gleich Weishold — wissen Sie davon?“

„Ja davon wurde mir erzählt — Fräulein Doktor Romeida —“

„Oh, sie tritt tapfer für Weishold ein — ob sie ihn wohl liebt?“

Taschner hatte keine Antwort. Aber Burdhardt der sonst eilig dem Ziel eines Gespräches zustrebte, vom Gegenüber in raschen Fragen das zu erforschen trachtete was für ihn von Bedeutung sein oder was jener geben konnte, verhartete jetzt eigenwillig bei dem Thema. Ob Hanna Romeida Weishold liebte? Gewiß, sie liebte ihn und wie eine schwachsüchtige alte Frau bossette er an diesem Gedanken, erinnerte sich einer geraden die es erkennen lassen mußten, daß dieses schöne Mädchen von dem linkischen Weishold geradezu fasziniert war. Ja, er hatte Glück, er war trotz allem jung und sie ging zu ihm, nicht ehelich, sondern so wie Jugend zu Jugend geht. Zwar Jugend und Weishold! Alles war an ihm alt Weishode und Bedankere, der jugendliche Schwung fehlte gänzlich, aber immerhin Hanna Romeida liebte ihn.

Taschner fragte: „Sind die Arbeiten Weisholds über die Afrikanische Krankheit wertvoll?“

„Wertvoll? Weishold ist ein merkwürdiges Gemisch von Gründlichkeit und Phantasie.“

„Ein Phantast?“ erwiderte Taschner. „Das also gibt ihm den Mut sich auf ein Gebiet zu wagen, auf dem Sie tätig sind.“

„Das macht nichts. Auch wir müssen die Forschung frei halten, nicht bloß die Regierung, was jeder in der Anstalt an allem arbeiten, was ihn reizt! Aber freilich — er muß auch was zustande bringen!“

„Sie sind ein wunderbarer Chef! Welches Glück muß es sein, neben Ihnen zu arbeiten!“ sagte Taschner und jetzt da sein Großer Mann sich wiedergefunden zu haben schien, war seine Bewunderung so feurig wie nur je.

„Ich hab' genug vom Zwang meiner Bedenken zu dulden gehabt. Wissen Sie, wie der große

Kernreuther mich und meine Kollegen behandelt?“

„Das ist ja in Ihrer Biographie angegeben.“

„Angedeutet, aber solche Charakterzüge bleiben der Geschichte immer verloren. Man leidet unter ihnen und behält sie für sich. Kernreuther war in seiner Arbeit ein großer Mann, aber im Verkehr mit seinen Schülern ein kleinlicher Tyrann, der imstande war, mich aus Versehen — aus Versehen sagte er dann — in sein Laboratorium einzusperrn, damit meine Experimente, die ihm unbequem waren, misslingen. Er hatte diesen Ausdruck: Unbequeme Experimente. Nun, ich kenne Derartiges nicht, ich urteile wahrhaftig nur im Interesse der Idee, aber ich muß zwischen Sachlichkeit und Phantastie unterscheiden.“

„Ja, ja“, sagte Taschner, Weishold mag ein Phantast sein. Wir ist es selbst schon in flüchtigen Gesprächen aufgefallen, daß er nicht allzu logisch, von Schluß zu Schluß übergehend, denkt. Er macht Gedankensprünge.“

„Ja, leben Sie!“

„Aber er kann doch Ihre Arbeit wohl kaum fördern?“

„Erdre?“ Mich hat noch nie jemand gefördert.“

„Natürlich, da noch niemand, der zu Ihrer Zeit gearbeitet hat, größer war als Sie, wehrt er — lassen Sie mich zu Ihnen Meister sagen.“

„Nicht doch, Herr Abgeordneter. Ich bin kein Meister. Ein Meister meistert zuerst sein Geschäft. Sonst ist er's nicht, und mag er, wie ich, viel technische Übung eine gewisse Beobachtungsgabe, eine gewisse Kombinationsfähigkeit besitzen, es ist nichts Wunderbares. Ja, das Wunderbare in der Fähigkeit macht den Meister.“

(Fortsetzung folgt.)

Die mißbrauchten Rußlanddelegationen.

Die Entsendung von Arbeiterdelegationen dient dem Zweck, für den Bolschewismus in Mittel- und Westeuropa Propaganda zu machen. Geschickte Führung in jenen Einrichtungen und Institutionen, die den Vergleich mit westeuropäischen Anstalten gleicher Art nicht scheuen müssen und raffinierter bereitgestellte Massenverbindungen kommandierter Arbeiter sollen. Proletariat, die außerstande sind, das ihnen Gezeigte und Erzählte zu überprüfen, davon überzeugen, daß die Lage des russischen Proletariats die denkbar günstigste ist und daß die europäische Arbeiterklasse, um sich eine gleiche Position zu schaffen, die russischen Revolutionsmethoden anwenden muß. Die Berichte jener Delegierten, die sich — trotz intensiver Bearbeitung durch die Kommunisten — Objektivität zu bewahren suchten, zeigen, daß die Sozialdemokratie keine Ursache hat, ihr Urteil über Sowjetrußland zu revidieren. Das Bild Sowjetrußlands wird durch die Schilderungen objektiver Berichterstatter kein freundlicheres.

Der Glasarbeiter Genosse Wilhelm Bachmann hat am 25. November vor einem Kreis sozialdemokratischer Vertrauensmänner in Leipzig einen Vortrag über seine Reiseindrücke gehalten. Auch Genosse Bachmann hat nichts wesentlich Neues zu sagen gehabt — nichts, was nicht schon durch andere Berichte bekannt geworden wäre — nichts, was die Anschauungen der Sozialdemokratie über Sowjetrußland und über die bolschewistischen Methoden irgendwie beeinflussen könnte.

Wohi aber konnten die Vertrauensmänner feststellen wie sehr die Rußlanddelegationen für bolschewistische Parteizwecke mißbraucht werden, — wie ihnen sogar Worte in den Mund gelegt wurden, die sie nie gesprochen haben. Die während des Aufenthaltes der tschechoslowakischen Delegation in Sowjetrußland in der hiesigen kommunistischen Presse veröffentlichten Reden, die Mitglieder der Delegation angeblich gehalten haben, sind Fälschungen!

Genosse Bachmann soll nach dem in der „Internationalen“ Nr. 246 vom 30. Oktober d. J. veröffentlichten Berichte in Tiflis folgende Rede gehalten haben:

„Er (Bachmann) sei nach der Unterrichtung des früheren „Parlamentarischen Komitees“ zur Ueberzeugung gekommen, daß die georgische Sozialdemokratie sich nicht mehr eine Arbeiterpartei nennen dürfe. Die Anschauungen undontologischen unterscheiden sich nicht im geringsten von den Anschauungen der schwächsten Nationalisten in einem beliebigen Lande Europas. Ich kenne erklärte Bachmann, keine andere sich sozialistisch nennende Partei, die eine so reaktionäre Gesinnung, so viele abelge, an Monarchismus grenzende Elemente hätte, wie die georgische Sozialdemokratie.“

Als dem Genossen Bachmann dieser Bericht vorgelesen wurde, erklärte er wörtlich:

„Das ist erlogen!“

Genosse Bachmann erklärte damit ausdrücklich, daß er etwas ganz anderes gesagt hat, als die „Internationalen“ behauptet, daß er Limeswegs ein solches Verdammsurteil über die georgische Sozialdemokratie fällt.

Hier ist also der Beweis einer frohen Fälschung zu Buchstaben lückenlos erbracht.

Wer es soll auch gezeigt werden was von den Mitteilungen des Manifestes der Ruß-

landdelegationen zu halten ist, — wie die Delegationen leichtgläubig durch ihre Unterschrift „Tatsachen“ bescheinigten, die — keine sind. In diesem Manifest wird über die Betriebsräte in Sowjetrußland folgendes behauptet:

„Die Betriebswahlen vollziehen sich vollkommen frei, unter Teilnahme aller Arbeiter. Der Betriebsrat verantwortet sich über jede Handlung der Arbeiterschaft.“

Als der Genosse Bachmann gefragt wurde, ob er auf Grund persönlicher Erfahrungen die Richtigkeit dieser Behauptung bestätigen könne, erwiderte er, er habe eine Betriebsratswahl beigewohnt, — die vorgeschlagenen Kandidaten seien in öffentlicher Abstimmung durch Handaufheben gewählt worden.

Also keine geheime Wahl, sondern eine öffentliche Wahl, bei der jeder Stimmente

kontrolliert werden konnte. Kein Wunder, daß bei einem solchen Wahlsystem die Sowjetleute immer und immer wieder das Vertrauen der Arbeiter voriert bekommen.

Diese zwei Beispiele dürften genügen, um den Wert der Rußlanddelegationen für die Gesamtarbeiterbewegung und ihre Bedeutung für die Kommunisten klar erkennen zu lassen.

Für die Wahrheit der hier gemachten Mitteilungen bürgen die Unterschriften der Genossen, die dem Vortrage des Genossen Bachmann beiwohnten. Sie hoffen, daß diese Mitteilungen mit dazu beitragen, unter der Arbeiterschaft der Tschechoslowakei Wahrheit über die Rußlanddelegationen zu verbreiten.

Mois Alka mit, Johann Främel, Emil Gunkel, Josef Hofbauer, Max Janik, Josef Jungbauer, Karl Kern, Dr. Ernst Lieben, Anton Lippert, Richard Lorenz, Franz Löwe, Franz Maner, Wilhelm Novak, Karl Penz, Johann Pabst, Rudolf Rühl, Alois Seemann, Anton Sud, Johann Uhl, Josef Ziegler.

Gattermayers unrühmliches Ende

Er legt alle Parteifunktionen nieder.

Wien, 28. November. (Eigenbericht.) In dem hiesigen Patentkreuzerblatt veröffentlicht Walter Gattermayer eine Erklärung, daß er mit Rücksicht auf die „Beschimpfungen“ der „Arbeiter-Zeitung“, die namentlich in dem Zentralkomitee vom 22. November über die „Galerie patentkreuzerlicher Ehrenmänner“ enthalten sein sollen, seine sämtlichen Parteifunktionen zurücklegt. Er begründet dies damit, daß er nicht das Geld habe (!), um einen Ehrenbelegungsprozeß vor dem Schwurgericht zu führen.

Ist schon dieser Grund sehr merkwürdig, da doch seine Partei für ihn den Prozeß zu führen hätte, so ist der zweite Grund noch viel interessanter. Er führt nämlich weiter an, daß ihm diese Beschimpfungen nur ein Lächeln entlockt

hätten, wenn nicht etwas eingetreten wäre, was er nie geglaubt hätte: Es gäbe nämlich Parteigenossen, welche diesem „Geschreibsel“ Glauben geschenkt haben

und in diesem Glauben noch von fünf jungen Menschen bekräftigt würden, welche die „Lügen“ der „Arbeiter-Zeitung“ übernommen und weiterverbreitet hätten. „Ich ziehe daher“, sagt Gattermayer, „die für mich allein möglichen Folgerungen und räume das Feld, aufs tiefste berührt durch die Wankelmütigkeit der Parteigenossen.“

In einer zweiten Erklärung teilt er mit, daß er auch sein Amt als Obmannstellvertreter der Ortsgruppe der Transportarbeiter niedergelegt habe.

Die Sozialdemokratie in Georgien.

Wiederbelebung der georgischen Arbeiterbewegung.

Von einem georgischen Genossen wird dem Berliner Mitteilungsblatt der russischen Sozialdemokratie folgendes geschrieben:

Nach dem Aufstand im August vorigen Jahres, nach der grauamen Niederwerfung und den Tausenden Opfern, die nach einer vorher fertiggestellten Riste aus unseren Reihen gerissen wurden, mit der kalblütigen Berechnung die sozialdemokratische Partei vollkommen zu vernichten, erwiesen sich unsere Parteiorganisationen naturgemäß in einem Zustande völliger Zerstörung.

Es schien, daß die sozialdemokratische Bewegung für Jahre hinaus vernichtet, mit Blut und Eisen ausgerotet war. Die Kommunisten konnten scheinbar endgültig triumphieren.

Aber entgegen allen Erwartungen, ist die sozialdemokratische Bewegung lebendig geblieben. Die dreißigjährige Geschichte der Partei, die tiefe Wurzeln in der Volksmasse geschlagen hat, ist nicht spurlos vorübergegangen. Mit elementarer Kraft haben sich die in den Städten verbliebenen oder aus den Wäldern und Bergen zurückgekehrten Mitglieder der Partei wieder zusammenge-

funden. Eine Atmosphäre der allgemeinen Sympathie umgab überall unsere Genossen und erleichterte die Aufgabe der Wiederherstellung der Partei. Man kann heute schon sagen, daß die Arbeiterorganisation in Tiflis zum größten Teil wiederhergestellt ist, und daß von den zerstörten Organisationen zunächst die Jugendorganisation und dann die Organisation der alten Marxisten in Gurien wieder in Funktion treten sind.

Es muß bemerkt werden, daß das Zentralkomitee unserer Partei oder richtiger, seine am Leben gebliebenen Mitglieder nach dem Aufstande ihre Ämter niederlegten. Zusammen mit den Vertretern der beiden genannten Organisationen und einigen neu kooperierten Mitgliedern bildeten die zurückgebliebenen Mitglieder des Zentralkomitees ein Organisationskomitee, das sich zur Aufgabe stellte, die Parteiorganisation wiederherzustellen und einen Kongreß oder eine Konferenz vorzubereiten.

Die Aufgabe war nicht leicht. Nach der Zerstörung der Parteiorganisation zeigte sich besonders deutlich jener politische Wirrwarr, der sich schon lange vor dem Aufstande bemerkbar gemacht hatte. Einerseits zeigte sich eine gewisse nationale Abirrung, die sich aus der fremdländischen Militärdiktatur und jener Rolle ergab, die bei der Unterdrückung der georgischen Nation und insbesondere bei der Niederwerfung des Aufstandes von russischen und armenischen Elementen gespielt wurde. Andererseits zeigte sich eine ernsthafte Krise in der Arbeiterklasse selbst. Eine Reihe alter Parteifunktionäre beschuldigten die Partei, daß sie sich dem Nationalismus und Putschismus in die Arme geworfen habe, und zeigten selbst die Tendenz, mit der Sowjetgewalt zusammenzuarbeiten, sich mit ihr auszusöhnen und sogar die kommunistische Internationale als die einzige Beschützerin der Interessen der Arbeiter zu verherlichen.

Es gelang der Partei, sich von diesen Ueberläufern schroff abzugrenzen, die sich zuerst im den Kongreß der „ehemaligen Menschewisten“ und dann um die sogenannte „Arbeiterkommission“ gesammelt hatten. Diese beiden Organisationen wurden unter dem Segen und mit den Mitteln der Tschechoslowaken geschaffen und stehen unter der sorgfältigsten Leitung der kommunistischen Partei.

Die Mitglieder dieser Organisationen wurden von den Machthabern mit Beifall begrüßt, die bolschewistischen Führer machten den „klügsten Angehörigen der Arbeiterklasse“ Komplimente — und dies tötete sie von Anfang an in moralischer Beziehung. „Sie sind entweder bestochen oder sie heucheln, um ihre Haut in Sicherheit zu bringen“ — sprachen die Arbeiter und Bauern, die aus solchen Versammlungen nach Hause gingen. Es ist aber klar, daß die hier geschilderten Verhältnisse auch genügend Wirrwarr in die Reihen der Arbeiterschaft hineintragen mußten.

Unter so außerordentlich schwierigen Verhältnissen ging das Organisationskomitee, das weder Mittel noch genügend Kräfte besaß, an die Arbeit. Sie hat alle Schwierigkeiten mit Ehren überwunden. Schon lange vor dem Jahrestag des Aufstandes war die Partei wiederhergestellt und ihr Kongreß der dritte unter der bolschewistischen Herrschaft, konnte — natürlich nur illegal — in einem der Städte Georgiens abgehalten werden. Der Kongreß hat ein Zentra-

210,550.734 Kronen auf Gemeindeforschläge, 151,962.861 K auf Bundeszuschläge, 69,273.875 Kronen auf Straßenbezugszuschläge. Das durchschnittliche Zuschlagsprozent betrug im Gau 10 661 (durchschnittlich auf 1 Einwohner 112.21 K, im Gau 11 482 (141.41 K), im Gau 12 621 (128.33 K), im Gau 13 619 (77.18 K), im Gau 14 537 (159.73 K), im Gau 21 567 (125.23 K). Ziehen wir die Steuern in Betracht, so sehen wir, daß von der Gesamtsumme der Zuschläge (431,087.470 K) der größte Teil auf die Erwerbssteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen entfällt, das sind 140,036.771 K; auf die allgemeine Erwerbssteuer entfallen 134.382.756 K, auf die Grundsteuer 110,071.000 K.

Manieren des Herren Stern. In einem „Vorwärts“-Artikel, in dem sich Herr Viktor Stern mit den tschechischen Sozialdemokraten über die Frage einer kommunistischen Regierungsbeteiligung auseinandersetzt, befindet sich auch folgende Stelle. Die wir nicht nur deshalb, weil sie uns besonders angeht, sondern auch darum abdrucken, weil sie klar zeigt, mit welchen Mitteln kommunistische Führer gegen die Sozialdemokratie arbeiten und wie Auserwählte vom Schloge eines Viktor Stern vor keiner Verleumdung zurückschrecken, wenn es gegen uns geht. Der Stern schreibt da:

„Aber das ist eben so recht sozialdemokratische Politik. Mit allen Mitteln soll die Aufmerksamkeit der Arbeitenden von der wahren Quelle ihrer Macht und ihres Einflusses abgelenkt werden, von ihrer Unentbehrlichkeit im Betriebe, von ihrer Massenhaftigkeit außerhalb des Parlamentes, von ihrer Organisiertheit, revolutionären Führung, Opferbereitschaft und Kampferfolglosigkeit. Das ist wichtige und gefährliche Arbeit im Dienste der Bourgeoisie, wenn man, wie es alle Reformisten, auch die Führer der tschechischen Sozialdemokratie, tun, den Arbeitenden

sagt: Ihr habt gewählt. Jetzt ist alles entschieden. Jetzt löst sich nichts anderes machen, als im Parlament möglichst geschickt hinter den Rücken zu paddeln, Mandatsbüffeln im „hohen Haus“ zu addieren und zu subtrahieren, wie wenn man sich eine Eins in Wahemantil verdienen wollte, bis eine neue Koalition und ein paar Ministerseffel herauskommen.“

So viel Behauptungen, so viel Lügen. Behauptend genug für das Proletariat, das sich solche Wortführer gewählt hat. Pure Verleumdungslust als Antriebskraft, die direkte Verdröhung der Wahrheit ins Gegenteil zur Verbeifachung von Argumenten — damit hat sich dieser Stern durch die Angriffe gekennzeichnet. Wir halten es für unter unserer Würde, aber auch für überflüssig, darauf näher einzugehen. Alle Anwürfen und Unvoreingenommenen auch im gegnerischen Lager wissen, daß niemals in unseren Reihen solches oder ähnliches geäußert oder auch nur gedacht wurde. Berufsmäßige Lügner werden wir aber ja ohnehin von ihrem Handwerk nicht abbringen können.

Ein sonderbarer Druckfehler. In der „Prager Presse“ befindet sich in der Inhaltsangabe der Rede, die Genosse Dr. Czoch im Ständigen Ausschusse hielt, im Anschluß an die Ausführungen Dr. Czochs über die Notwendigkeit der Lösung des nationalen Problems folgender Satz, den Dr. Czoch ungefähr gesprochen haben soll:

„Eine günstige Gelegenheit hierzu bietet sich gerade jetzt, es fragt sich nur, ob die deutschen Parteien diese Gelegenheit nicht wieder verpassen.“

Genosse Dr. Czoch hat hier natürlich nicht von den Deutschen, sondern von den tschechischen Parteien gesprochen. Ein solcher „Druckfehler“ bei der Wiedergabe einer oppositionellen Rede durch die Regierungspresse berührt immerhin eigentümlich.

vier Agrariern, drei tschechischen Nationalsozialisten, drei tschechischen Sozialdemokraten, drei Mexikanern, einem Nationaldemokraten und einem Gewerbetreibler zusammengesetzt gewesen. Neben neun bürgerlichen Ministern waren also sechs sozialistische gewesen. Bei der gemischten Form haben die Agrarier drei Minister, die tschechischen Sozialisten, die Sozialdemokraten und die Mexikaner zwei Minister, die Nationaldemokraten die Gewerbetreibenden einen, so daß das Verhältnis 7:4 lautet. Dabei fällt nach Ansicht der tschechischen Nationalsozialisten der Umstand ins Gewicht, daß von den Fachleuten keiner sozialistischer Gesinnung sein dürfte.

Bei den tschechischen Sozialdemokraten steht die Situation so, daß der Örtlicher Flügel überhaupt gegen den Eintritt in die Koalition ist und die Pilsener sich stark gegen den Plan der gemischten Regierung wenden.

Die tschechischen Sozialisten wofen das Eisenbahnministerium nicht in die Hände der Sozialdemokraten geben und dahin ist auch die Nachricht des Abendblattes des „Ceska Slovo“, welches die Riste der „Rarobni Bisth“ für nicht völlig richtig erklärt, zu verstehen, daß nämlich das Eisenbahnministerium eher dem Agrarier Udrzal zufallen werde und die Sozialdemokraten wieder das Unterrichtsministerium erhalten.

„Siboras Robin“ bemängeln am neuen Kabinett vor allem, daß es nur Abgeordnete und keine Senatoren enthält. Das Blatt schreibt auch, daß Uebertragungen im letzten Moment nicht ausgeschlossen sind, womit es offenbar auf die Berichte, die von einer Rückgabe der Mission Szechas in die Hände des Präsidenten der Republik wissen wollen, anspielt.

Bad schlägt sich...

In der letzten Zeit war es immer so, daß zwischen Deutschenationalen und Nationalsozialisten die Perioden innigster Kampfgemeinschaft und Einheitsfrontbetätigung mit jenen gefährlichsten und mächtigsten Bekämpfung einander ablösen. Nun ist ein neues Stadium eingetreten: man macht hüben und drüben in Einheitsfront und bekämpft sich gleichzeitig bis aufs Messer. Die beiden Parteien, von denen jede vorgibt, das deutsche Volk auf lichtere Höhen führen zu wollen, sind dabei bereits in einen Cirkelschere verfallen, der sonst nur gegen die Sozialdemokratie angewendet zu werden pflegt. Zum Beweise dessen, was auf dem Wege zur Harmonie der Einheitsfront alles möglich ist, sei hier einiges aus einem Artikel des deutschenationalen Wochenblattes „Volkstreu“ gegen die nationalsozialistische „Neue Zeit“ angeführt. Unter dem Titel „Schändlich“ werden da von den Deutschenationalen einige „Böbelhaftigkeiten“ des nationalsozialistischen Blattes und „Gemeinheiten aus seinen(n) düstigen Blütenstrauch niedriger gehängt.“ Der Streit dreht sich augenblicklich in der Hauptsache um die Person Sodgman, und dessen Wannen senden nun zu Knirsch und den Seinen folgenden „Volkstreu“ hinüber:

„Wenn nun die „Neue Zeit“ von Dr. Sodgman als durchgefallenen Wahlkandidaten spricht und den hämischen Rat, der übrigens nicht auf ihrem eigenen Wissen gewachsen ist, sondern den sie sich erst bei einem Zubenblatte, der „Zeplitzer Zeitung“, entlehnen mußte abzurufen, gibt, so fragen wir sie, warum sie nicht ihren Parteiführer Knirsch den gleichen Rat gibt, dem es doch gleich anging. Und ebenso könnten wir, wenn wir auch so „Vornam“ sein wollten wie sie, dem getreuen Obmann des parlamentarischen Klubs der deutschen Nationalsozialisten, der auch sein Mandat nicht im ersten Wahlgange erringen konnte, den guten Rat geben, statt Versicherungsbeamter eines Schmierensomödiants zu werden; aber wir sind nicht so.“

Mit dem Schmierensomödiant ist wohl der edle Rede Knirsch gemeint, von dem und von dessen Kollegen die deutschenationalen Kollegen nicht anders sprechen als „vom Schlage der nationalsozialistischen Parlamentarier“. Am Schlusse des Artikels, in dem den Nationalsozialisten unter anderem auch die Schuld an der Zerstückelung der Einheitsfront vorgeworfen wird, heißt es dann wieder mit Bezug auf die Haltung der Nationalsozialisten zu Sodgman:

„Die Herren von der „Neuen Zeit“ aber wollen wir zum Schlusse fragen, welches intelligente Tier in der Habel den ersten Schritt dem toten Böwen gibt...“

Unterschieden ist der Artikel mit „Witland“. Da scheint eine sagenhafte Gestalt etwas verändert, u. zw. als „Witland, der Großschmied“, auf Erden zurückgefunden zu haben. Aber schließlich kann man es verstehen, daß einer laugbar wird, wenn diejenigen, die sich früher bei ihm tüchtig angestrichen haben, jetzt den Gastgeber so ungut behandeln. Doch auch dieser Schmerz wird verstimmen, wenn der fröhliche Becher die beiden beim Einheitsfrontlich wieder bereinigen wird.

Gemeindeforschläge in Währen und Schlesien. Daten über die Zuschläge in den Gemeinden der Gauer Jglau, Brünn, Olmütz, Ungarisch-Grätz, Mährisch Odrau und Teschen und in ganz Währen und Schlesien zusammen im Jahre 1922 bringt Nummer 120 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“. Die Gesamtzuschreibung an allen Zuschlägen für Selbstverwaltungszwecke betrug in Währen und Schlesien im Jahre 1922 im ganzen 431.087.470 K (ungerichtet die Ortsschlagzuschläge und die Zuschläge in den Ortsteilen im Betrage von 1,344.525 K) davon entfallen

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Besie in ihre Augen

lieferi Optiker Deutsch, Prag.

Graben 25 Kf. Bazar

Wachzettel.

Unserer letzten Ausgabe ist ein interessanter Prospekt für Hilfen für die Frau...

Alteins wart der Hausfrau ist unstreitig das meist gelebte deutsche Familienbild...

Da sind zuerst die neuesten Moden, für die Frau, den Mann und das Kind...

Dann die Handarbeitsmodelle, Stickerien, Häkelarbeiten, alles praktische und dekorative...

Und weiter der große Unterhaltungsteil, mit vielen kleinen Novellen, Gedichten und dem großen Fortsetzungsroman...

Wir können den Bezug dieser Zeitschrift allen wärmstens empfehlen...

Rinder-Weste, Wintermäntel, St. Dreß, Jünglingsanzüge...

Große Weihnachts-Plakate zu tief reduzierten Preisen bei Busch, Doren- und Paffisch...

Volkswirtschaft.

Die Kollektivverhandlungen der Bankbeamten.

Vorläufige ergebnislos.

Beide Bankbeamtenorganisationen teilen uns mit: Am 27. d. M. fand die erste Verhandlung über den nächstjährigen Kollektivvertrag...

Ihren internen Vorberatungen ab, Verhandlungen auf Grundlage des Organisationsentwurfes zu führen...

Die Brotverteuerer an der Arbeit.

Wie ein der Regierung nahestehendes Blatt meldet, soll in der nächsten Zeit eine Novellierung der Verordnung vom 4. Juni d. J. in der es zur Einführung der gleitenden Getreidezölle gekommen ist...

Der gleitende Getreidezoll wird am 1. Dezember in Kraft treten, womit der Preis des Getreides naturgemäß steigen wird...

Die indische Emanzipation.

Von E. Horn.

Als Motto möchte ich die schönen Worte vorausschicken, welche in den Statuten des Völkerbundes bezüglich der Kolonialmündel niedergelegt worden sind...

Wenn man aber bedenkt, daß diese besonders schwierigen Bedingungen nichts anderes bedeuten, als unter allen Umständen die Hegemonie des Kapitals aufrecht zu erhalten...

Das erwachende und das erwachte Indien.

Wir wissen alle, daß sich heute in fernem Osten Wandlungen vollziehen, die unser größtes Interesse verdienen.

Die Ereignisse in Indien sind nun in ein kritisches Stadium getreten. Ich stütze mich in der Beschreibung derselben auf Selbsterlebtes und seit meiner Rückkehr aus Indien auf die Nachrichten des maßgebendsten Nationalistenorgans in Indien, dem "Bombay Chronicle"...

Der indische Nationalismus bedeutet für uns keine Gefahr, wie sein englischer oder deutscher Bruder. Er ist das reine Bestreben nach Anerkennung und Respektierung dessen, was die große Allianz nach dem Kriege und heute durch den Völkervertrag als das Selbstbestimmungsrecht der Völker in die Welt hinaufposaunt haben...

Gegen Kriegende zu, als Großbritannien verdoppelte Anstrengungen machte, das Kriegsglied unbedingt zu sichern wurden die Rekrutierungen auch auf das Kaiserreich Indien ausgedehnt.

Im übrigen muß auch daran erinnert werden, daß wir neben dem Getreidezoll auch noch das Bewilligungssystem im Getreidehandel haben, d. h. die Regierung kann die Einfuhr von Getreide verhindern...

Für die Ernährungslage der Bevölkerung sind die Vorgänge auf dem Getreidemarkt nicht ohne Bedeutung. Wir haben vor einigen Tagen nachgewiesen, daß die Getreideeinfuhr in den letzten Monaten in so geringen Mengen erfolgt...

Der Zusammenbruch der Non-Cooperation

Im Jahre 1920 leitete Gandhi im ganzen Lande die Non-Cooperationsbewegung ein. Die Politik dieser Bewegung ist eine strikte Weigerung mit den britischen Institutionen in Indien zusammenzuwirken.

Die Wahlen für die gewählte Nationalversammlung und die Provinzialparlamente wurden boykottiert. Prozeßierende hatten sich nur an vom Volke eingesetzte Schiedsgerichtsbarkeiten zu wenden.

Damals schien es, als müßte die flammende Entzündung des Volkes der gewaltlosen Bewegung Gandhis zum Siege verhelfen. Doch der Verlauf der Entwicklung zeigte, daß die Indier zur Durchführung dieses Programms noch nicht reif waren.

Während des Besuchs des englischen Kronprinzen. Daraufhin verfügte Gandhi als der vom indischen Nationalkongreß gewählte Präsident und Führer über die sofortige Aufhebung der N. C. D., wie er vorausgesagt hatte...

Die Anziehungskraft des Schaufensters wächst mit Menge und Güte der aufgewendeten Beleuchtung. OSRAM Kunst und Wissen.

Erstausführung - Lady Fanny und die Dienstbotenfrage von Jerome K. Jerome. Eine ganz gut mögliche Geschichte charakterisiert der Autor im Untertitel die Gabel dieses Stückes...

Das Schauspiel bietet im Laufe des Dezembers: Sutton Vones Schauspiel "Meberfahrt" (Das geheimnisvolle Schiff), an den beiden Weihnachtsfeiertagen Bernhard Shaw's Einakterreihe "Jura zu Jerusalems"...



Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitung erfolgt. Es empfiehlt sich außerdem auf dem Erlagschein auch noch die auf der Zeitungsadresse angeführte

Evidenznummer

anzuführen.
Die Bezugsgebühr beträgt monatlich K 16.—, vierteljährig K 48.—, halbjährig K 96.—, ganzjährig K 192.— und ist stets im Vorhinein zu entrichten. Der Abonnementsvertrag muß längstens bis 10. in unserem Besitze sein und erfuchen wir, dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.



Bereinsnachrichten.

„Urania“.

Wochenprogramm, 29. Nov. bis 5. Dez.

Heute, halb 11 Uhr: „Wege zur Kraft und Schönheit“ 5. Wiederholung.

Heute, 4 Uhr: „Die sächsisch-böhmische Schweiz“. Großer Lichtbildervortrag. Professor Ulrich Teplitz.

Montag, 8 Uhr: „Gesundheit, Schönheit und Verjüngung der Frau“. Fr. Steffi Kaufmann-Dorasil (Liebwerda). Drei Frauenbeiträge. Kurskarten: 15 u. 12 K — Nach jedem Vortrage Beantwortung von Fragen.

Montag, 8 Uhr: „Wege zur Kraft und Schönheit“ Kulturfilm. 6. Wiederholung.

Dienstag, 8 Uhr: „Prag, wie es einst war“, mit Originallichtbildern Univ.-Professor Grünwald.

Mittwoch, 3 Uhr: „Max und Moritz, mit bunten Bildern Kindermärchen am Mittag. Auf vielfache Wünsche hin: Wiederholung der lustigen Lausbuben-geschichten. Dazu: Neue Märchen, erzählt von Watta Ferber (Berlin).

Mittwoch, 6 Uhr: Erziehungsberatung.

Mittwoch, 8 Uhr: „Die Beziehungen der Geschlechter“ (Liebe — Ehe — Fortpflanzung). Fr. Steffi Kaufmann 2. Vortrag.

Donnerstag, 5 Uhr: „Einführung in die Geschichte und Technik der Künste“. Bildhauer Dr. Vogel.

Freitag, 7 Uhr: Wanderbund Kosmos: Beginn des Troden-Skikurses.

Freitag, 8 Uhr: „Die künftige Generation“ (Vollkommene Kinder). Frau Steffi Kaufmann. 3. Vortrag.

Samstag, 3 Uhr: Kulturfilm. In den Konzerten: „Lied von der Erde“, Rosenthal ermäßigte Karten für Mitlieder. Dazu alle Kurse des „Modernen Bildungsinstitutes“.

Karten zu allen Veranstaltungen, Mitglieder-Anmeldungen, Mitgliedskarten-Erneuerungen täglich: halb 10 bis 1 und 3 bis 7 Uhr Urania-Bio-Kassa, Smetchy 22. Telefon 429.

8754

War sie treu oder untreu? Die Frau lächelt mit einem Spionglächeln! Lösen Sie das Rätsel im Film: „Der Gardeoffizier“. Uran-Urania-Kino. In den Hauptrollen: Alfred Abel.

Herausgeber Dr. Ludwig Czeda.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Knecht.
Druck: Deutsche Zeitungs-Dr. G. Prag.
Für den Druck verantwortlich O. Doll.

Marie Corda. Heute, 3, halb 6 und 8 Uhr. Morgen Montag halb 6 Uhr. Sonst täglich halb 6 und 8 Uhr.

Union der Geschäftsfreisenden und Vertreter veranstaltet am 5. Dezember 1925 einen Gesellschaftsabend (Ritolofeier) im „Radio-Saal“, Vinohrady, mit anschließendem Tanz und Spenden. Das humoristische Programm besorgen erstklassige Berufskünstler. Tische sowie Kartenvorverkauf täglich im Sekretariat der „Union“, Prag, Jungmannova 29, 3. St. Dortselbst werden Spenden bis zum 4. Dezember 1925 übernommen. 3745

In das Heim des Klassenbewußten Arbeiters gehört d. Zentralkomitee der Deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei „Sozialdemokrat“

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines Selchwaren der Firma HEGNER & Cie., PILSEN

Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN, SIND DIE ALLERBESTEN!



BRÜDER TAUBER
Weingroßhandlung
Prag-Vysočan
in- u. ausländische Weine in reichster Auswahl
Spezialität: Besonders gepflegte Flaschenweine

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und -schneiden
„Apec“ und „Morrell“
1501 Vertreter für die Czechoslowakei
Robert Stránský, Prag II.
Landmannova 11
Drahtanschrift „Rostra“
Telephon 487.

30jährige Erfahrung lehrt, daß die amerikanische
Schreibmaschine
Smith Premier 60
das Höchste an Dauerhaftigkeit
erstklassigem Material und schönster Schrift
verbürgt.
Rechnende Schreibmaschine:
„SMITH PREMIER ACCOUNTING“
L. & G. Halphen
Prag, Mikuláskova 17. 23.
Telephon 244.
Rechenmaschine: Drunsviga, Mercedes.
Additionsmaschine: Dalton.

**MODENHAUS
SCHILLER A.G.**

PRAG FILIALEN: **KARLSBAD
PILSEN**

Aus der Fülle
der
**interessanten, Schönsten
und
Billigsten**
besonders hervorgehoben.

**WEIHNACHTS-
VERKAUF**

Kostüm-, Mantel- und Kleiderstoffe:

Fiffi , reinwollener Kleiderstoff 1 Meter K 9.90
Amundsen , prakt. Kostümstoff, 130 cm breit 11.50
Marina , vorzüglicher Cheviot, doppeltbreit 13.50
Suzanne , unverwilt. Kostümstoff, 130 cm breit 18.90
Grock , reinwollener Modestoff 19.50
Oriow , engl. Kostüm- u. Mantelstoff, 140 cm breit 25.—
Fratellini , reinwollene Modestoffe 25.—
Phantom , Kostüm- u. Mantelstoff, konkurrenzlos, 140 cm breit 39.—
Amazone , feines, reinwollenes Damentuch 39.—
Selection , hochfeine, reinwollene Kostüm-, Kleider- u. Mantelstoffe 1 Meter K 49.— bis 59.—

Seidenstoffe:

Modeseide , einfarbig u. in reizenden Mustern 1 Meter K 12, 15, 19
Ballseide , in den neuesten Abendfarben 15, 19, 48
Foulards u. Rohseiden 15, 19, 38
Maneiselle , glatt und gemustert 49, 69

Waschstoffe:

Zephyr u. Oxford für Blusen, Kleider u. Wäsche 1 Meter K 9.90 — 5.50
Vollins u. Crêpes , bedruckt, prachtvolle Muster 1 Meter 6.90 — 5.50
Crêpes u. Eponges in allen Farben 8.50 — 6.50
Etamins u. Battiste entzückende Dessins 1 Meter 13.50 — 6.90
Flanelle u. Barchenie , glatt u. gemustert 1 Mtr. 8.90 — 5.50
Reinwollene Volls , Riesenauswahl 1 Meter 13.90 — 11.90

Wäsche u. Weißwaren:

Damenhemden , handgestickt K 19.20
Damenhosen , handgestickt 19.20
Kombination , mit Spitzen besetzt, aus la. Battist. Hemd und Hose 29.—
Schweizer Battist 1 Meter 9.90
Damast-Gradi , la., 90 cm breit 13.50
Damast-Gradi , la., 185 cm breit 20.50

Hochmoderneuhelfen in Samt, Gold und Silber.

Muster überallhin franko.

KONFEKTION:

ERSTKLASSIGE SALONARBEIT

Weiß Blusen K 29.—	Stoffkleider , reine Wolle K 160.—
Seiden-Blusen 95.—	Seidenkleider , für Straße und Salon 190.—
Hauskleider 36.—	Damenmäntel 195.—
Servierkleider 45.—	Kostüme 250.—

8758